

Sonderdruck

Knack•Punkt

Aktuelles für Multiplikatoren im Bereich Ernährung



Grafik: Angela Clausen

Schwerpunkt Zur Diskussion gestellt: Zuckersteuer, Fettsteuer – was können sie bewirken?

Großbritannien hat kürzlich beschlossen, zum April 2018 eine Steuer auf Erfrischungsgetränke mit Zuckerzusatz – kurz Zuckersteuer – einzuführen. Die Abgabe soll für die Hersteller einen Anreiz bieten, ihre Rezepturen umzustellen und weniger Zucker einzusetzen. Zucker gesüßte Getränke stellen in Großbritannien einen wesentlichen Faktor für übermäßigen Zuckerkonsum dar und wurden als eine Ursache von kindlichem Übergewicht identifiziert. Übergewicht bei Kindern ist – mit einer der höchsten Übergewichtsraten in Industrieländern – (nicht nur) in Großbritannien ein Problem. Aus dem Erlös der Steuer (in den ersten drei Jahren werden 1,5 Milliarden Britische Pfund / 1,8 Mrd. Euro erwartet) soll das Frühstücksangebot in den Schulen verbessert sowie mehr und hochwertigerer Sportunterricht angeboten werden. Das hat in Deutschland die Diskussion um Strafsteuern für ungesunde Lebensmittel wieder angeheizt. Forderungen werden auch hier immer lauter.

Zur Diskussion gestellt

Zuckersteuer, Fettsteuer – was können sie bewirken?

Großbritannien hat kürzlich beschlossen, zum April 2018 eine Steuer auf Erfrischungsgetränke mit Zuckerzusatz – kurz Zuckersteuer – einzuführen. Die Abgabe soll für die Hersteller einen Anreiz bieten, ihre Rezepturen umzustellen und weniger Zucker einzusetzen. Zucker gesüßte Getränke stellen in Großbritannien einen wesentlichen Faktor für übermäßigen Zuckerkonsum dar und wurden als eine Ursache von kindlichem Übergewicht identifiziert. Übergewicht bei Kindern ist – mit einer der höchsten Übergewichtsraten in Industrieländern – (nicht nur) in Großbritannien ein Problem. Aus dem Erlös der Steuer (in den ersten drei Jahren werden 1,5 Milliarden Britische Pfund / 1,8 Mrd. Euro erwartet) soll das Frühstücksangebot in den Schulen verbessert sowie mehr und hochwertigerer Sportunterricht angeboten werden. Das hat in Deutschland die Diskussion um Strafsteuern für ungesunde Lebensmittel wieder angeheizt. Forderungen werden auch hier immer lauter.



Strafsteuern für besonders fett-, salz- oder zuckerreiche Lebensmittel sind nichts Neues.

So hatte Dänemark ab 1. Oktober 2011 Nahrungsmittel, die mehr als 2,3 % gesättigte Fette enthalten, mit einer Zusatzsteuer von 16 Dänischen Kronen (damals 2,15 Euro) pro Kilo gesättigtem Fett belegt. Betroffen waren unter anderem Butter, pflanzliche Öle und Fette einschließlich Margarine, Käse, Sahne, Crème fraîche, Fleisch, aber auch Schokolade, Süßwaren und weitere verarbeitete Produkte. Die Steuer galt sowohl für inländische als auch für importierte Waren. Versäumten es ausländische Hersteller, den Anteil an gesättigten Fetten auszuweisen (Kennzeichnungspflicht besteht in Europa erst seit Ende 2014), wurde der Gesamtfettgehalt besteuert. Die Steuer sollte dem dänischen Staat jährlich etwa 1,4 Mrd. dkr (entsprach 188 Mio. Euro) einbringen. Nach dem Regierungswechsel in Dänemark wurde die Fettsteuer schon nach weniger als zwei Jahren zum 31. Dezember 2012 wieder abgeschafft, mit der Begründung, dass sie keine Wirkung auf das Ernährungsverhalten der Dänen gezeigt hat und gerade für Geringverdiener durch die Erhöhung der Verbraucherpreise zu kostspielig sei. Zudem habe die Steuer den Produzenten hohe Verwaltungskosten auferlegt und ca. 1.300 Arbeitsplätze in Dänemark gefährdet. Hinzu kam, dass wohl viele Dänen die entsprechenden Produkte dann aus Kostengründen in Deutschland oder Schweden eingekauft haben. Tatsächlich waren aber wohl vor allem politische

Gründe dafür verantwortlich, denn die im April 2016 veröffentlichte Studie der Universitäten Oxford und Kopenhagen zeigten durchaus positive Effekte auf die Gesundheit der Dänen. Danach wurden zwischen Einführung und Ende der Fettsteuer 4 % weniger gesättigte Fettsäuren und mehr Gemüse gegessen. Es kam allerdings auch zu Ausweichreaktionen, so wurde zwar weniger Fett, dafür aber mehr Salz gegessen. Trotzdem soll es aber laut SMED et al. insgesamt einen zwar geringen, aber positiven Effekt der Fettsteuer gegeben haben.

In Mexiko beschloss das Parlament im November 2013 eine zusätzliche Steuer auf Süßwaren und Fast Food, um die im Land grassierende Fettsucht zu bekämpfen. Seit Januar 2014 wird dort auf Lebensmittel mit mehr als 275 kcal/100 g eine „Fast-Food“-Steuer von 8 % erhoben, z.B. für Schokolade, Eiscreme oder Erdnussbutter. Für mit Zucker gesüßte Erfrischungsgetränke gibt es ebenfalls eine Steuer, durch die sich der Preis um ca. 10 % erhöhte. Diese Steuer wird begleitet von Informationskampagnen, neuen Kennzeichnungsvorschriften und Sportprogrammen. 2013 war Mexiko das Land mit dem höch-

ten Verbrauch an Softdrinks weltweit mit durchschnittlich 163 Liter pro Jahr.

Auch in anderen Ländern wurden bereits Sondersteuern (Zucker-, Fett-, Salz- bzw. Kaloriensteuer) auf bestimmte Lebensmittel oder Nährstoffe zur Änderung des Konsumverhaltens eingeführt (Beispiele aus Europa siehe Tabelle). Länder wie beispielsweise Italien (Steuer für zuckerhaltige Softdrinks) denken ebenfalls darüber nach, kämpfen aber gegen erhebliche Widerstände vor allem von Seiten der Wirtschaft, insbesondere wenn darin eher eine zusätzliche Geldquelle für die Regierung gesehen wird.

Sind es die Getränke?

Stellt sich die Frage, ob wirklich die Getränke an der weltweiten Übergewichtsepidemie Schuld sind. In der Zucker-Richtlinie der WHO, veröffentlicht 2015 (s. Knack•Punkt 2/2015, S. 10f), heißt es sinngemäß: Es gibt zunehmend Sorge, dass durch den Konsum freier Zucker – vor allem in Form von zuckergesüßten Getränken – die Gesamtenergieaufnahme steigen und der Verzehr von Lebensmitteln mit einer besseren Nährstoffdichte sinken könnte, was zu einer

| Land | Einführung im Jahr | Steuer auf |
|------------|--------------------|---|
| Ungarn | 2011 | Junk Food – alles was „zu viel“ Salz, Zucker oder Fett enthält, nur für Produkte mit gesünderer Alternative |
| Frankreich | 2011 | Getränke mit Zuckerzusatz oder Ersatzstoffen „Cola-Steuer“ |
| Finnland | 2014 | Höhere Steuer für zuckerhaltige als für zuckerfreie Getränke |
| Portugal | 2010 | Strafzahlung bei zu viel Salz in Brot |

Tab. 1: Beispiele für Sondersteuern auf Lebensmittel in Europa

ungesunden Ernährung, Gewichtszunahme und einem erhöhten Risiko für nichtübertragbare Krankheiten führen würde. Das hatte schon 2011 die DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ERNÄHRUNG (DGE) in ihrer evidenzbasierten Leitlinie „Kohlenhydratzufuhr und Prävention ausgewählter ernährungsmitbedingter Krankheiten“ nach Auswertung von rund 400 Studien betont. Die Leitlinie stellte fest, dass die



Foto: foodwatch e.V.

Evidenz für einen Zusammenhang von Adipositas mit der Zufuhr von Mono- und Disacchariden (= Zucker) unzureichend ist, während es für zuckergetränkte Getränke eine wahrscheinliche Evidenz für eine Risikoreduktion bei Erwachsenen und eine mögliche bei Kindern gibt. Demzufolge hat die DGE 2012 in ihre lebensmittelbezogenen Empfehlungen („Vollwertig essen und trinken nach den 10 Regeln der DGE“) den Hinweis aufgenommen, zuckergetränkte Getränke nur selten zu trinken.

Nach den Daten der deutschen Agrarstatistik lag der Verbrauch an Erfrischungsgetränken im Jahr 2011 durchschnittlich bei knapp 120 Litern pro Kopf. Die Daten zeigten auch, dass sich der Verbrauch an Erfrischungsgetränken im Verlauf der Jahre erhöhte, während der von Säften (35 Liter pro Kopf und Jahr) sank.

Die WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG ALKOHOLFREIE GETRÄNKE E.V. (WAFG) geht in ihrem Positionspapier im Oktober 2013 allerdings aufgrund von Berechnungen von *Canadian Wisdom 2013 Annual Cycle* davon aus, dass davon nur 79 % (= ca. 96 Liter) zuckerhaltig waren.

Die Daten des Gesundheitsmonitorings des ROBERT KOCH-INSTITUT (KIGGS und DEGS) führten zu den 2013 im Bericht „Limo, Saft & Co – Konsum zuckerhaltiger Getränke in Deutschland“ dargestellten folgenden Kernaussagen:

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene trinken durchschnittlich mehr als zwei Gläser zuckerhaltige Getränke pro Tag. [Anm. der Autorin: Das entspräche mehr als 146 Litern pro Jahr.]
- Erwachsene konsumieren mit zunehmendem Alter weniger zuckerhaltige Getränke.
- Jungen und Männer trinken in allen Altersgruppen mehr zuckerhaltige Getränke als gleichaltrige Mädchen und Frauen.
- Personen mit niedrigem Sozialstatus konsumieren statistisch signifikant mehr zuckerhaltige Getränke als Personen mit mittlerem oder hohem Sozialstatus.

Zusätzlich problematisch ist laut RKI die Tatsache, dass Analysen der EsKiMo-Studie und des Bundes-Gesundheitssurvey 1998 zeigen, dass ein hoher Konsum zuckerhaltiger Getränke mit einem auch sonst eher ungünstigen Verzehrsmuster einhergeht. So verzehren 12- bis 17-jährige Mädchen und Jungen daneben häufig Süßigkeiten und Fast-Food-Produkte, bei Erwachsenen werden daneben große Mengen an raffinierten Getreideprodukten, verarbeitetem Fleisch und Snacks konsumiert.

Auch das RKI stellt anhand von Literaturrecherchen fest, dass durch den Genuss von zuckerhaltigen Erfrischungsgetränken relativ viele Kalorien aufgenommen werden, die nicht lange sättigen. Ohne Kompensation würde das langfristig den Anstieg des Körpergewichts bedingen und das Risiko für Adipositas steigern. Außerdem sei das Risiko für *Diabetes mellitus* erhöht – aufgrund des schnellen Anstiegs des Blutzuckerspiegels und der daraus resultierenden vermehrten Insulinausschüttung. In Verbindung mit den ungünstigen sonstigen Essgewohnheiten ist der Rückschluss, dass zuckerhaltige Erfrischungsgetränke zu Übergewicht und Diabetes beitragen, also nachvollziehbar.

Zu viel Zucker ist ubiquitär

Die im August 2016 von FOODWATCH veröffentlichte Marktstudie „So zuckrig sind Erfrischungsgetränke in Deutschland“ hat 463 Produkte unterschiedlichster Geschmacksrichtungen unter die Lupe genommen und einen von den Herstellern deklarierten



Einer der zuckerreichsten Joghurts im Test: Die enthaltene Zuckermenge im Becher entspricht zwölf Stück Würfelzucker.

durchschnittlichen Zuckergehalt von 7,5 % ermittelt. Je nach Unternehmen können es aber auch bis zu 11 % (PEPSICO) sein. Den höchsten Gehalt hatte ein EnergyDrink mit 16 % Zucker. Das entspricht 13,5 Stück Würfelzucker pro 250 ml. 60 % der Erfrischungsgetränke enthielten mehr als 5 % Zucker, einige sogar noch zusätzlich Süßstoffe.

Trotzdem, eine Verringerung der Zuckermengen dürfte sich nicht nur auf Erfrischungsgetränke beschränken. Auch viele andere Lebensmittel enthalten reichlich davon und nicht nur solche, in denen man tatsächlich auch Zucker erwartet. Der 2013 von den VERBRAUCHERZENTRALEN veröffentlichte Bericht „Versteckte Süßmacher“ führt drastische Beispiele auf – so einen Krautsalat mit 12 % Zucker. Eine aktuelle Stichprobe der VERBRAUCHERZENTRALE NRW im September 2016 bei 16 Fruchtjoghurts – die ja gemeinhin ein Image als gesundes Milchprodukt haben – ergab einen durchschnittlichen Gehalt von 10-11 Stück Würfelzucker pro 200 Gramm-Becher, der Höchstwert betrug 17,5 g pro 100 g.

Haben Subventionen Schuld an ungesunder Ernährung?

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, OLIVER DE SCHUTTER, stellte 2012 fest, dass die bestehenden Nahrungssysteme derzeit eine Ernährung begünstigten, die zu Übergewicht und Adipositas führe, und dass dringend ein Umdenken einsetzen müsste. Seiner Meinung nach haben einseitige Subventionen von Getreide und Sojabohnen, die Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse außen vor ließen, ein Ungleichgewicht bewirkt. Dadurch seien Getreide und Soja zu billigen Rohstoffen geworden, die vor allem als Süßungsmittel (Mais-Sirup) und Öl in die Lebensmittel- und

Futtermittelindustrie gelangt seien. In der Konsequenz seien mehr verarbeitete Produkte und tierische Lebensmittel auf den Markt gekommen. Der Konsum von (hoch verarbeiteten) Getreide, Fleisch, Milchprodukten sowie pflanzlichen Ölen, Salz und Zucker sei durch günstige Endverbraucherpreise gefördert worden, während das teurere frische Gemüse und Obst eher für Besserverdiener erschwinglich ist (s. **Knack•Punkt** 6/2014, S. 10ff).

Auch JONES et al. (2014) verweisen auf Studien zur EU-Agrarpolitik die belegen, dass die Preisunterschiede zwischen „ungesunden“ und „gesunden“ Lebensmitteln durch die Subventionen für bestimmte Agrarprodukte beeinflusst werden. Subventionen für Zucker, Öl oder Milch können demnach dazu beitragen, die öffentliche Gesundheit durch die Senkung der Preise für besonders zucker- und fetthaltige Lebensmittel zu beeinträchtigen. Gezielte Subventionen gesunder Lebensmittel könnten nach Ansicht der Wissenschaftler eine bessere Ernährungsweise bei Menschen

an gesättigten Fettsäuren, Salz und Zucker) wie Junk Food oder Softdrinks und Subventionen für „gesunde“ Lebensmittel wie Obst und Gemüse. Er hält eine solche Maßnahme sowohl für kosteneffizient als auch wirksam. Durch die bloße Umverteilung der Kosten werde es für den Verbraucher absolut betrachtet zu keiner Preiserhöhung kommen, wodurch Einkommensschwache nicht benachteiligt würden. Darüber hinaus fordert er ein unnachgiebiges Vorgehen gegen Werbung für Junk Food und natürlich das Überarbeiten fehlgeleiteter Agrarsubventionen.

Können Steuern etwas am Essverhalten ändern?

In einer vom BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG geförderten Forschungsarbeit haben sich LEHNERT et al. (2013) damit auseinandergesetzt, inwieweit eine Besteuerung „ungesunder“ Lebensmittel/Zutaten bzw. alternativ eine Subvention „wünschenswerter“ Lebensmittel als

Preisveränderungen, da die Nachfrage bei Lebensmitteln eher unelastisch reagiert. Darüber hinaus problematisieren sie die schwierige Eingrenzung der zu besteuerten Nahrungsmittel/Nährstoffe, favorisieren aber eine Einordnung aufgrund eines Nährstoffgehalts (wie Zucker, gesättigte Fettsäuren), um das Ausweichen auf ebenso „ungesunde“ Alternativprodukte (nahe Substitute) zu verhindern. Sie weisen auf einen möglichen hohen Verwaltungsaufwand hin wie er in Dänemark beschrieben wurde. Zudem stellen sie auch unerwünschte Konsequenzen wie eine schlechter werdende Versorgung der Bevölkerung mit erwünschten Nährstoffen wie Vitamin D oder Jod als Effekt einer möglichen Fettsteuer dar. – Allerdings wären hier Nährstoffdefizite durch eine Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke nicht zu erwarten.

LEHNERT et al. kamen zu dem Schluss, dass es für Deutschland bisher viel zu wenig Studien zum Thema Extrasteuer/Subventionierung (wie Kosten-Nutzen-Analysen für alle Akteure, Untersuchungen zur Zahlungsbereitschaft bei einzelnen Lebensmitteln, Informationen zu Eigen- und Kreuzpreiselastizitäten für unterschiedliche Konsumentengruppen) gäbe. Außerdem sei es fraglich, ob internationale Ergebnisse auf Deutschland übertragbar sind, zumal unbekannt ist, wie die hiesige Lebensmittelindustrie auf eine solche Steuer reagieren würde. Hinzu käme noch, dass für die Lebensmittelauswahl ja eine Vielzahl unterschiedlichster Motive eine Rolle spielte und die Gesundheit bei den meisten Menschen nicht das wichtigste Motiv sei.

Nicht zuletzt würden Dreiviertel der Deutschen eine Extrasteuer auf ungesunde Lebensmittel ablehnen, empfänden sie als staatliche Bevormundung der freien Lebensmittelwahl.



Foto: photographifirm / fotolia.de

mit niedrigem Einkommen fördern.

Laut DE SCHUTTER zahlen die Steuerzahler in OECD-Staaten wie Deutschland gleich dreifach für ungesunde Lebensmittel: Mit den fehlgeleiteten Agrarsubventionen, die die Produktion stark verarbeiteter Lebensmittel fördert, für die Bewerbung ungesunder Lebensmittel und für die entstehenden Krankheitskosten.

Der UNO-Experte fordert daher eine Besteuerung „ungesunder“ Erzeugnisse (mit einem hohen Gehalt

Maßnahme zur Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation in Deutschland geeignet ist. Obwohl die Literatur sehr heterogen bezüglich Methodik und Ergebnissen ist, deutet ihrer Meinung nach der Großteil der Studien darauf hin, dass Preisänderungen prinzipiell erwünschte Veränderungen im Konsum und teilweise auch bei gesundheitsbezogenen Endpunkten bewirken können. Echte Verschiebungen im Konsumverhalten ergäben sich aber nur bei relativ starken

Steuern und Essverhalten – praktische Erfahrungen

Als positives Beispiel einer Verhaltensänderung durch Steuern werden immer wieder die Ergebnisse der Einführung der Alkopopsteuer in Deutschland am 1. Juli 2004 genannt. Das Alkopopsteuergesetz sollte zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen – als Hauptkonsumenten der Alkopops – vor den Gefahren des

Alkoholkonsums beitragen. Diese Sondersteuer ist etwa viermal so hoch wie die übliche Branntweinsteuer, so dass die Preise pro 0,25 Liter um knapp einen Euro anstiegen. 2005 wurden dadurch laut Bundesfinanzministerium 10 Millionen Euro Steuern eingenommen, 2014 war es nur noch 1 Million Euro. Dieses erfolgreiche Zurückdrängen der Alkopops hat auch in anderen europäischen Ländern (Frankreich, Schweiz, Dänemark) zur Einführung einer solchen Steuer geführt. Demnach handelte es sich bei den Alkopops wohl um ein Produkt mit einer sehr hohen Preiselastizität. Ob der Alkoholkonsum der jungen Menschen dadurch aber sank, ist fraglich. Möglicherweise wurden hier Ausweichstrategien angewendet, die Alkopops nun auf Basis von Cola, Limo oder Energy Drinks selber gemischt. Tatsächlich weiß man aus Untersuchungen der BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG (BzGA, 2015), dass der regelmäßige Alkoholkonsum, der Konsum riskanter Mengen und das Rauschtrinken junger Männer seit 2001, vor allem von 2010 bis 2014 zurückgegangen ist, nicht aber bei jungen Frauen. Das dürften aber eher Auswirkungen der massiven Informationskampagnen der BzGA sein.

Die Erfahrungen mit den Begleitumständen der Fettsteuer in Dänemark waren sicherlich nicht ermutigend, allerdings wurde der Versuch aus politischen Gründen auch schon abgebrochen lange bevor wissenschaftliche Auswertungen vorlagen. Fakt ist, dass die Fettsteuer eine leichte positive Änderung des Essverhaltens gebracht hat.

Die Zuckersteuer in Mexiko seit Januar 2014 erhöhte den Preis zuckerhaltiger Erfrischungsgetränke um etwa 10 %. Im Januar 2016 wurde eine Auswertung der Einkäufe 6.253 urbaner Haushalte (205.112 Personen in 53 Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern) von Januar bis Dezember 2014 veröffentlicht. Nach COLCHERO et al. sanken nach Einführung der Steuer die Käufe besteuerteter Getränke um durchschnittlich 6 %, wobei der Rückgang im Laufe der Zeit kontinuierlich anstieg und am Ende des Beobachtungszeitraumes bei 12 % lag. Dieser Effekt war in allen sozioökonomischen Schichten zu beobachten.

Er war jedoch in den Haushalten der Geringverdiener mit durchschnittlich 9 % (zum Ende hin 17 %) am ausgeprägtesten. Im selben Zeitraum nahm der Kauf unbesteuerteter Getränke (vor allem Wasser) um 4 % zu. Inwieweit dieser Rückgang anhält und ob sich das auch auf das Körpergewicht der Mexikaner und die Zahl der Diabetiker auswirkt, lässt sich noch nicht sagen.

Möglicherweise funktionieren aber auch Subventionen besser: In Norwegen hat 2007 eine Supermarktkette einen Praxistest gemacht: Sie haben ihren Kunden bei Obst und Gemüse die Mehrwertsteuer in Höhe von 14 % erlassen. Nach drei Monaten verzeichnete die Supermarktkette in ihren Filialen eine Erhöhung des Obst- und Gemüseverkaufs um 23 %.

Wie hoch müssten Steuern sein, um etwas zu bewirken?

Ob und inwieweit Preiserhöhungen durch Strafsteuern signifikant etwas am Kaufverhalten ändern können, ist eine Frage der Preiselastizität – aber auch der begleitenden Gesundheits- bzw. Ernährungsbildungsmaßnahmen. Letztendlich ist ja nicht die Änderung des Konsumverhaltens das eigentliche Ziel, sondern die Reduzierung der Zahl der Übergewichtigen und Adipösen.

2010 stellte KYRRE RICKERTSEN vom NORWEGISCHEN FORSCHUNGSINSTITUT FÜR AGRARÖKONOMIE NILF sein Modell vor: Würde man die Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und Fisch auf 0 % senken und dafür die Steuern für Süßwaren, Eis und Softdrinks auf den normalen Mehrwertsteuersatz von 25 % erhöhen, änderten sich Kaufverhalten und Körpergewicht der Norweger. Haushalte mit einem hohen Softdrinkkonsum würden dann zehn Liter weniger Softdrinks im Jahr kaufen, ähnlich sähe es bei Süßwaren aus. Der Wegfall der Mehrwertsteuer bei Gemüse würde die norwegischen Verbraucher/-innen dazu motivieren, zwischen einem bis vier Kilogramm mehr Gemüse im Jahr zu kaufen. Bei Obst wären diese Effekte geringer. Die Berechnungen basieren auf den Ausgaben von 25.000 norwegischen Haushalten aus dem Jahr 2005.

OLIVER MYTTON, BRITISH HEART FOUNDATION'S HEALTH PROMOTION RESEARCH GROUP, stellte 2012 fest, dass eine solche Steuer schon ganz

erheblich sein müsste, um tatsächlich Einfluss auf das Ess- und Trinkverhalten zu nehmen. Er hat anhand von Studienanalysen errechnet, dass eine Fettsteuer zu einer Preiserhöhung von etwa 25 %, mindestens aber 20 %, führen müsste, um einen signifikanten Effekt auf Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu haben.

Eine der von ihm zitierten Studien hatte vorgeschlagen, 18 % Steuer auf Pizza und Erfrischungsgetränke zu erheben, um die Kalorienaufnahme der US-Amerikaner so zu senken, dass sie etwa 2 kg Gewicht pro Jahr verlieren würden. Die meisten Studien schlagen eine 10%ige Steuer vor, die zu einem Rückgang der Kalorienaufnahme durch das besteuerte Lebensmittel um 10 % führen würde.

MYTTON sieht allerdings den größten Effekt darin, sich nicht nur auf eine Lebensmittelgruppe zu fokussieren und die eingenommenen Steuern wiederum in die Subventionierung gesunder Lebensmittel zu stecken: „*Taxing a wide range of unhealthy foods or nutrients is likely to result in greater health benefits than would accrue from narrow taxes*“.

Forderungen von medizinischen Fachverbänden

In Deutschland fordert insbesondere die DEUTSCHE DIABETES-GESellschaft seit langem eine Zucker-Fett-Steuer. Geschäftsführer Dr. DIETRICH GARLICHs am 1. September 2014 in der *ÄRZTE ZEITUNG*: „*Natürlich ist es richtig, dem Einzelnen die Verantwortung für seine Gesundheit nicht abzunehmen. Allerdings sind wir mit dieser Strategie grandios gescheitert. Die Übergewichtsepidemie entwickelt sich seit drei Jahrzehnten nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren; die Diabeteserkrankungen sind [...] binnen zehn Jahren um 38 % Prozent auf über sechs Millionen gestiegen.*“

2015 hat die DEUTSCHE ALLIANZ NICHTÜBERTRAGBARE KRANKHEITEN DANK – ein Zusammenschluss von 17 großen medizinischen Fachgesellschaften – in ihrem Strategiepapier zur Primärprävention „*Den Tsunami der chronischen Krankheiten stoppen: vier Maßnahmen für eine wirkungsvolle und bevölkerungsweite Prävention*“ gefordert, adipogene Lebensmittel zu besteuern und gesunde Lebensmittel mittels einer Zucker-/Fettsteuer zu

entlasten und führt das auch detailliert aus. Darüber hinaus fordert DANK – in Einklang mit dem „Globalen Aktionsplan gegen nichtübertragbare Krankheiten“ der WELTGESUNDHEITSORGANISATION (WHO) – täglich mindestens eine Stunde Bewegung (Sport) in Kita und Schule, verbindliche Qualitätsstandards für Kita- und Schulpflege und ein Verbot von an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung.

Was halten die Deutschen von einer Zuckersteuer?

In einer repräsentativen FORSA-Umfrage im Auftrag der DAK-GESUNDHEIT hat sich 2015 eine Mehrheit (68 %) der Bundesbürger gegen die Einführung einer sogenannten Zuckersteuer ausgesprochen. Damals hatte die SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagen, auf Süßwaren die volle Mehrwertsteuer von 19 % Prozent statt der bisherigen 7 % wie für die meisten Lebensmittel zu erheben.

In einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov aus dem September 2016 bröckelt diese Mehrheit etwas, Ablehnung signalisieren nur noch 51 %, 40 % würden eine Zuckersteuer befürworten. Geht es nur um stark gesüßte Getränke wären 44 % eher für eine Steuer und 49 % dagegen. Auf jeden Fall reicht den meisten Befragten eine bloße Kennzeichnung des Zuckergehaltes nicht aus.

In einer weiteren aktuellen Studie aus dem August 2016 von DIE ZEIT zusammen mit INFAS und dem WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN wurden 3.000 Personen in Deutschland befragt. Danach wollen die Bürger/-innen mehr Kontrollen, aber keine Bevormundung: 85 % sind dafür, dass die Politik „vollständige, verständliche Produktinformationen zu Lebensmitteln“ sicherstellt. 56 % wollen, dass die Politiker Lebensmittelkonzerne kontrollieren und bestimmen, was diese verkaufen dürfen. Aber: 83 % wollen nicht, dass ihnen die Politik vorgibt, was sie kaufen oder essen dürfen.

Der deutsche Weg

„Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) lehnt eine politische Steuerung des Konsums durch Strafsteuern für vermeint-

lich ungesunde Lebensmittel ab. Strafsteuern ändern in der Regel nichts am Ernährungsverhalten der Menschen“, so FRIEDERIKE LENZ, Pressereferentin des BMEL, in der September-Ausgabe 2016 VON READER'S DIGEST. Die deutsche Regierung setzt auf eine andere Strategie: Mit Hilfe von INFORM-Projekten soll die Ernährungsbildung der Bevölkerung – und damit die Eigenverantwortung für die Gesundheit – gefördert werden. Mit Hilfe des Nationalen Aktionsplans „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten sollen bis zum Jahr 2020 sichtbare Ergebnisse erzielt werden. Die Haltung der Bundesregierung laut Bericht „Gesunde Ernährung, sichere Produkte“ vom 1. Juni 2016 (S. 56): „*Persönliche Lebensstile kann und soll der Staat nicht reglementieren. Vielmehr sollen die Menschen dafür sensibilisiert werden, dass ein gesundheitsförderlicher Lebensstil für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft als Ganzes von Vorteil ist.*“ Die Maßnahmen der Bundesregierung zielen dabei auf Bildung, Information und Motivation (Verhaltensprävention) sowie eine Erleichterung des gesundheitsförderlichen Verhaltens durch Veränderung des Lebensumfelds der Menschen (Verhältnisprävention). Diese bezieht sich bisher auf Kita, Schule oder Betrieb, nicht aber auf den Supermarkt und das Lebensmittelangebot bzw. eine unterstützende bewertende Kennzeichnung (z.B. Nährwertampel).

Allerdings sind die für INFORM-Projekte seit 2008 zur Verfügung gestellten 66 Millionen Euro nur ein sehr geringes Budget im Vergleich mit den Werbemillionen der Lebensmittelindustrie. Diese betragen laut dem Statistikportal STATISTA.COM in Deutschland von Januar bis Juli 2016 alleine für Süßwaren 421 Millionen Euro, mit weiteren 232 Millionen wurden alkoholfreie Erfrischungsgetränke beworben, dazu kommen nochmal 558 Millionen Euro Werbegelder für den Lebensmitteleinzelhandel. Außerdem heißt es im o.g. Bericht, dass erfolgreiche Projekte weiter verstetigt werden sollen (S. 57). Konkret bedeutet das meist: Arbeitet weiter so, aber Geld gibt es dafür nicht mehr. Allerdings sind jetzt „die Krankenkassen

mit dem Inkrafttreten des Präventionsgesetzes verpflichtet, eine ungleich höhere finanzielle Unterstützung für Präventionsangebote in Lebenswelten wie Kitas, Schulen, Kommunen und Betrieben zur Verfügung zu stellen“ (S. 64). Damit schließt sich der Kreis zum UN-Experten DE SCHÜTTER: Die Beitrags- bzw. Steuerzahler müssen finanzieren, was von der Politik nicht gelöst wird / werden soll.

Im oben genannten Bericht der Bundesregierung zur Ernährungspolitik, Lebensmittel- und Produktsicherheit taucht das Thema Reformulierung nur kurz unter „Maßnahmen im Berichtszeitraum – europäische Ebene“ auf. Ansonsten wird lediglich berichtet, dass der DEUTSCHE BUNDESTAG die Bundesregierung im Juni 2015 aufgefordert hat, eine nationale Strategie für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten zu erarbeiten (S. 64/65). Derzeit analysiert das BMEL die Ausgangslage bzw. hat damit das MAX-RUBNER-INSTITUT beauftragt. Konkret geht es zunächst um eine Bestandsaufnahme und Bewertung der national und international geplanten und bereits durchgeführten Reformulierungsmaßnahmen. Dann sollen Produktgruppen identifiziert werden, die für eine Reformulierungsstrategie in Deutschland relevant sein könnten. Das Forschungsvorhaben soll in der zweiten Jahreshälfte 2016 starten. Nach Abschluss der Analyse will das BMEL Gespräche mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel führen. Vermutlich wird das dann auf wieder neue freiwillige Selbstverpflichtungen hinauslaufen. Insgesamt hat der DEUTSCHE BUNDESTAG Ende 2015 zwei Millionen Euro zur Förderung von Forschungs- und Innovationsvorhaben im Zusammenhang mit einer Reduktionsstrategie von Zucker, Salz und Fetten in Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Bleibt die Frage, ob diese Innovationen auch wirklich in die richtige Richtung gehen und nicht nur neue Fettersatzstoffe, Süßstoffe etc. synthetisiert werden.

Fazit

Alles in allem zeigt sich sicherlich, dass eine Zuckersteuer nur auf Erfrischungsgetränke nicht die Lösung

Wie Lobbyisten die Ernährungswelt manipulierten

Als es in den 1950er und 1960er Jahren in den USA zu einem deutlichen Anstieg der Herzinfarktrate kam, diskutierte die Wissenschaft über die Ursachen. In den Fokus gerieten die veränderten Essgewohnheiten. Dabei standen zwei Thesen zur Diskussion: Der englische Wissenschaftler JOHN YUDKIN machte den gestiegenen Zuckerkonsum und zuckerhaltige Getränke dafür verantwortlich, während der Amerikaner ANCEL KEYS, die immer öfter gegessenen gesättigten Fettsäuren als Ursache für erhöhte Cholesterinspiegel sah, die wiederum Hauptrisikofaktor für Herzinfarkt seien.

In einem viel beachteten Übersichtsartikel (*New England Journal of Medicine* 1967: 277: 186-92 und 245-7, PMID 5339699) haben damals Wissenschaftler renommierter US-Universitäten Fett und Cholesterin als wichtigste Infarktverursacher gebrandmarkt und von den Risiken des Zuckers wunderbar abgelenkt. Eine Analyse historischer Dokumente, die jetzt veröffentlicht wurde (*JAMA Internat Medicine* 2016, doi: 10.1001/jamainternmed.2016.5394), zeigt allerdings, dass diese Wissenschaftler vom Vorgänger des heutigen Industrieverbands der US-Zuckerindustrie – der SUGAR RESEARCH FOUNDATION – dafür gut bezahlt wurden.

Bereits Ende 2013 hatte eine gemeinsame Literaturanalyse der spanischen UNIVERSITÄT NAVARRA und des DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR ERNÄHRUNGSFORSCHUNG (DIFE) gezeigt dass systematische Reviews, bei denen ein finanzieller Interessenkonflikt aufgrund industrieller Förderung angegeben war, fünfmal häufiger feststellten, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Konsum zuckerhaltiger Erfrischungsgetränke und einer Gewichtszunahme gäbe, als die Studien, bei denen kein Interessenkonflikt vorlag (*PLoS Med* 2013: Dec; 10(12): e1001578. doi: 10.1371/journal.pmed.1001578).

Ähnliches wird übrigens auch bezüglich des alten Margarine-Butter-Streits berichtet: Dort soll ebenfalls eine erhebliche finanzielle Einflussnahme auf Studien durch die Margarine-Industrie stattgefunden haben.

Fazit: Gute Wissenschaft braucht unabhängige Forschung und muss mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Alles andere kostet die Gesellschaft unter Umständen mindestens ebenso viel Geld – und manch einen die Gesundheit.

für das Übergewichtsproblem in der Gesellschaft ist. Es bedarf eines ganzen Maßnahmenbündels aus Steuern (vielleicht auch nur ein Umbau der Mehrwertsteuern), Werbeverboten, abschreckenden Bildern, Aufklärungskampagnen und einem gesundheitsförderlichen Lebensumfeld vor allem für Kinder und Jugendliche.

Insbesondere sollten aber vor allem die EU-Politiker und die EU-KOMMISSION endlich ihre Hausaufgaben machen. So warten wir seit 2009 auf die Nährwertprofile, die dazu beitragen sollten, dass keine gesundheitsbezogene Werbung für „ungesunde“ Lebensmittel gemacht werden darf. Nun stehen diese auf dem Prüfstand, die EU-Parlamentarier in Brüssel haben am 12. April 2016 im Rahmen eines Eigeninitiativberichts zu REFIT (Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der europäischen Rechtsetzung) schon mal für das Aus votiert. Es scheint, als ob die mehr als 30.000 Lobbyisten in Brüssel – also fast 40 pro MdEP – „ganze“ Arbeit geleistet haben. Die Kommission ist allerdings nicht an das Votum gebunden. Derzeit läuft eine öffentliche Konsultation. Der Abschluss der Evaluierung wird für Ende 2017 erwartet.

Und wie war das noch mit der Nährwertampel? In Großbritannien wird sie seit vielen Jahren erfolgreich genutzt (s. **Knack•Punkt** 4/2013, S. 4). 2008 hatte eine von HORST SEEHOFER als Bundesernährungsminister in Auftrag gegebene Verbraucherumfrage gezeigt, dass eine einheitliche farbige Kennzeichnung für Verbraucher durchaus hilfreich sein kann, wenn es um die Einschätzung des Zucker-, Fett- oder Salzgehalts geht. Nährwertangaben für eine Drittel-Pizza auf der Vorderseite der Verpackung (s. **Knack•Punkt** 2/2016, S. 3) sind es eher nicht. Gegen die Einführung einer solchen Ampelkennzeichnung in Deutschland ist die Lebensmittelindustrie erfolgreich Sturm gelaufen.

Natürlich kann man heute schon auf (fast) jeder Lebensmittel- und Getränkepackung nachlesen, was an Nährwerten im jeweiligen Produkt enthalten ist. Gelesen werden diese Tabellen von den wenigsten, sicherlich auch, weil sich eben nicht auf den ersten Blick erschließt, wie das Produkt einzuschätzen ist. Farbige Hinweise in den Ampelfarben – wie es sie ja auch als Energieverbrauchslabel für Fernseher, Kühlschrank oder Spülmaschine gibt – informieren und lassen trotzdem jedem die freie Wahl. (AC)

„Zur Diskussion gestellt: Zuckersteuer, Fettsteuer – was können sie bewirken?“

Fettsteuer als Präventionsansatz: Dänemark sagt Nein. *aid-Newsletter* Nr. 46/12 vom 14.11.12 • Dänemark schafft Fettsteuer wieder ab. *DiePresse.com* vom 12.11.12 • Smed S et al. (2016): The effects of the Danish saturated fat tax on food and nutrient intake and modelled health outcomes: an econometric and comparative risk assessment evaluation. *Eur J Clin Nutr.* 70(6): 681-6, doi:10.1038/ejcn.2016.6 • Fettleibigkeit: Mexiko beschließt Extra-Steuer auf Fast Food. *Zeit online* vom 01.11.13, www.zeit.de/lebensart/essen-trinken/2013-11/mexiko-steuer-fast-food • Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Besteuerung ungesunder Lebensmittel in ausgewählten Ländern. Sachstand WD 4 – 3000 – 219/14, Stand: 17.12.14, www.bundestag.de/blob/417432/37160fe5c43574570d436fdo5664boa8/wd-4-219-14-pdf-data.pdf • WHO-Guideline: Sugars intake for adults and children. Genf: World Health Organization 2015 • DGE (ed): Evidenzbasierte Leitlinie „Kohlenhydratzufuhr und Prävention ausgewählter ernährungsmitbedingter Krankheiten“, Version 2011, www.dge.de/fileadmin/public/doc/ws/ll-kh/oo-Inhalt-DGE-Leitlinie-KH.pdf • Robert-Koch-Institut: Limo, Saft & Co – Konsum zuckerhaltiger Getränke in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung kompakt 4. Jahrgang, 1/2013 • foodwatch Marktstudie 2016: So zuckrig sind Erfrischungsgetränke in Deutschland, Stand August 2016 • Versteckte Süßmacher. Bundesweite Markterhebung der Verbraucherzentralen, Stand Juni 2013, www.verbraucherzentrale.nrw/media223203A.pdf • Marktcheck der Verbraucherzentrale NRW „Zu viel Zucker in Fruchtojoghurts“ Stand: 06.09.16, www.verbraucherzentrale.nrw/zucker-in-fruchtojoghurts?pk_campaign=NW-160907 • United Nations General Assembly A/HRC/19/59, Report submitted by the Special Rapporteur on the right to food, Olivier De Schutter vom 26.12.11, www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session19/A-HRC-19-59_en.pdf • Jones NRV et al. (2014): The Growing Price Gap between More and Less Healthy Foods: Analysis of a Novel Longitudinal UK Dataset. *PLoS ONE* 9(10): e109343. doi:10.1371/journal.pone.0109343 • Lehnert T et al. (2013): Gesundheitssteuern auf Lebensmittel. Eine Maßnahme zur Förderung der Gesundheit in Deutschland? *Bundesgesundheitsbl* 56: 562-70, DOI 10.1007/s00103-012-1644-7 • Orth B, Töppich J (2015): Der Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2014. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativbefragung und Trends. *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln* • Colchero MA et al. (2016): Beverage purchases from stores in Mexico under the excise tax on sugar sweetened beverages: observational study. *BMJ* 352: h6704, <http://dx.doi.org/10.1136/bmj.h6704> • Steuerexperiment in Norwegen: Was passiert, wenn Süßes teurer wird und Gemüse günstiger? *Meldung aid Infodienst*, 10.11.2010 • Mytton OT et al. (2012): Taxing unhealthy food and drinks to improve health. *BMJ* May 15; 344: e2931. doi: 10.1136/bmj.e2931 • Garlich D, Effertz T: Warum eine Zucker-Fett-Steuer notwendig ist. *Ärzte Zeitung*, 01.09.14 • Strategiepapier der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) zur Primärprävention „Den Tsunami der chronischen Krankheiten stoppen: vier Maßnahmen für eine wirkungsvolle und bevölkerungsweite Prävention“ vom 12.06.15, www.dkfz.de/de/krebspraevention/Downloads/150612_DANK-Strategiepapier.pdf • Umfrage zeigt Deutsche halten nichts von einer Zuckersteuer. *Ärzte Zeitung online* vom 06.05.15 • Deutsche fordern Kontrolle der Nahrungsmittelkonzerne. *Zeit online* vom 31.08.16 • Bericht der Bundesregierung zur Ernährungspolitik, Lebensmittel- und Produktsicherheit „Gesunde Ernährung, sichere Produkte“ vom 01.06.16, www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2016/06/2016-06-01-ernaehrpol-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 • Ranking der Top-20-Branchen mit den höchsten Werbeausgaben in Above-the-line-Medien in Deutschland von Januar bis Juli 2016 (in Millionen Euro), <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/77649/umfrage/branchen-mit-den-hoechsten-werbeausgaben-in-above-the-line-medien> [abgerufen am 07.09.16] • Neurezeptur von Lebensmitteln. *PM des Deutschen Bundestags* vom 12.01.16, www.bundestag.de/presse/hib/201601/-/401494 • Nährwertprofile sind unverzichtbar. *PM des vzbv* vom 11.04.16, www.vzbv.de/pressemitteilung/naehrwertprofile-sind-unverzichtbar • Nährwertkennzeichnung: Studie mit klarem Handlungsauftrag an die Bundesregierung. *PM des vzbv* vom 09.05.2008, www.vzbv.de/pressemitteilung/naehrwertkennzeichnung-studie-mit-klarem-handlungsauftrag-die-bundesregierung

Die Partner der Arbeitsgemeinschaft „Kooperation Verbraucherinformation im Ernährungsbereich in Nordrhein-Westfalen“ im Internet:

- AOK Nordwest → www.aok.de/nordwest
- AOK Rheinland/Hamburg → www.aok.de/rheinland-hamburg
- Landesvereinigung der Milchwirtschaft NRW e.V. → www.milch-nrw.de
- Landwirtschaftskammer NRW → www.landwirtschaftskammer.de
- Rheinischer LandFrauenverband e.V. → www.rheinische-landfrauen.de
- Westfälisch-Lippischer Landfrauenverband e.V. → www.wllv.de
- STADT UND LAND e.V. → www.stadtundland-nrw.de
- Universität Paderborn, Ernährung und Verbraucherbildung → <http://dsg.uni-paderborn.de>
- Verbraucherzentrale NRW e.V. → www.verbraucherzentrale.nrw

Herausgeberin:

Verbraucherzentrale NRW e.V.
Mintropstraße 27 • 40215 Düsseldorf

Federführend für die Arbeitsgemeinschaft

„Kooperation Verbraucherinformation im Ernährungsbereich in Nordrhein-Westfalen“, gefördert durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kooperationspartner:

- AOK Nordwest
- AOK Rheinland/Hamburg
- Landesvereinigung der Milchwirtschaft NRW e.V.
- Landwirtschaftskammer NRW
- Rheinischer LandFrauenverband e.V.
- Westfälisch-Lippischer Landfrauenverband e.V.
- STADT UND LAND e.V.
- Universität Paderborn, Ernährung und Verbraucherbildung
- Verbraucherzentrale NRW e.V.

Fachliche Betreuung und Koordination:

Verbraucherzentrale NRW e.V.
Bereich Ernährung und Umwelt

Redaktion:

Verbraucherzentrale NRW e.V.
Bernhard Burdick (verantwortlich)
Angela Clausen (AC)
Telefon: 02 11 / 38 09 – 121, Fax: 02 11 / 38 09 – 238
E-Mail: knackpunkt@verbraucherzentrale.nrw

Texte:

Angela Clausen (AC)¹, Nora Dittrich (ND)¹, Mechthild Freier (mf)², Doris Gräfe (Gf)¹, Isabelle Mühlisen (Mü)¹, Andrea Schmitz (Sz)³, Frank Waskow (WF)¹

¹ Verbraucherzentrale NRW e.V.

² Fachjournalistin für Ernährung, Korschensbroich

³ Verbraucherzentrale NRW e.V., Projekt MehrWert NRW

Vertrieb und Abonnentenbetreuung:

Verbraucherzentrale NRW e.V.
Andrea Sandoß
Telefon: 02 11 / 38 09 – 121, Fax: 02 11 / 38 09 – 238
E-Mail: knackpunkt@verbraucherzentrale.nrw

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement (6 Hefte) Inland 18,00 €, Ausland 26,00 € inklusive Versand, gegen Rechnung. Der Bezugszeitraum des Abonnements beträgt zwölf Monate und verlängert sich um weitere zwölf Monate, wenn der Abonnementvertrag nicht spätestens zwei Monate vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. Die Kündigung des Abonnementvertrags hat schriftlich zu erfolgen. Die vollständigen Bezugsbedingungen sind nachzulesen unter
→ www.verbraucherzentrale.nrw/knackpunkt oder können bei uns angefordert werden.

Nächste Ausgabe:

Dezember 2016, Redaktionsschluss 15. November 2016

Die Verbreitung unserer Informationen liegt uns sehr am Herzen. Trotzdem müssen wir uns vor Missbrauch schützen. Kein Text darf ohne schriftliche Genehmigung der Herausgeberin abgedruckt werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Gestaltung, Satz, Druck:

Verbraucherzentrale NRW e.V.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier – ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.